

Außerordentlicher Gewerkschaftstag | 21.–24. Juni 2022 | Leipzig

Bildung. Weiter denken!

A smaller version of the GEW logo, consisting of the letters 'GEW' in white on a red, slanted rectangular background, positioned at the end of a horizontal line.

Beschlüsse

#GEWTAG22

1.04 GEW gegen jeden Antisemitismus

Der Bundesgewerkschaftstag 2021 beschließt, dass

1. die GEW anerkennt, dass Antisemitismus eine fortwährende Realität in allen gesellschaftlichen Gruppen ist und eine konkrete Bedrohung für Jüd*innen in Deutschland besteht, die auf dem gesamten politischen Spektrum existiert. Daher setzt sich die GEW in ihrer politischen Arbeit aktiv dagegen ein.
2. die GEW eine klare Position gegen jede Form von Antisemitismus bezieht und entschieden gegen gegenwärtige antisemitische Artikulationsformen vorgeht.

Antisemitismus ist auch in der Schule, der Universität und Bildungs- und Forschungseinrichtungen Alltag. Kolleg*innen müssen deswegen für die Artikulation von Antisemitismus sensibilisiert werden, um Antisemitismus entschieden und reflektiert entgegenzutreten. Das bedeutet konkret:

3. Die GEW fördert das gesellschaftliche Bewusstsein und die Anerkennung um die Vielfalt des jüdischen Lebens in Deutschland, indem sie aufklärerische Bildungsprogramme initiiert und durchführt sowie mit Kooperationspartner*innen aus den jüdischen Gemeinden und Organisationen zusammenarbeitet, beispielsweise mit unabhängigen Meldestelle (RIAS; SABRA), den Antisemitismusbeauftragten, der AJC und jüdischen Verbänden.
4. Dass sich die GEW auf allen Ebenen für eine Anpassung der Lehr- und Seminarpläne, Schulbücher [1] und weiterer Materialien einsetzt sowie Fächervoraussetzungen dahingehend, dass Aufklärung und Sensibilisierung zu Antisemitismus zu Kernthemen der schulischen

und außerschulischen Bildung werden ist ein Ziel der GEW. Antisemitismuskritik muss Querschnittsaufgabe aller Fächer werden. Sie muss Teil des Bildungs- und Erziehungsauftrages aller Lehrer*innen in allen Bundesländern werden.

5. Kolleg*innen, die aufklärende Maßnahmen gegen Antisemitismus durchführen wollen, sollen aktiv gefördert und unterstützt werden, indem sie Material (in Form von Methoden, Kontaktlisten, Publikationen und Ideen für pädagogische Konzepte) vom Hauptvorstand zur Verfügung gestellt bekommen. Dazu gehört auch die Aufnahme antisemitismuskritischer Inhalte in die Lehrer*innen Aus-, Fort- und Weiterbildung.
6. Die GEW setzt sich dafür ein, dass unabhängige Meldestellen für antisemitische Vorfälle in allen Bildungs- und Forschungsstätten (Schule, Hochschule, außerschulische Bildungseinrichtung) durch Bezirks- und Landesregierungen in Kooperation mit den Antisemitismusbeauftragten eingerichtet werden. Antisemitische Diskriminierung an Schulen und im Lehrbetrieb wird noch häufig fernab der Öffentlichkeit verhandelt, sodass die Dunkelziffer unklar ist. Es bedarf eines Problembewusstseins in allen Bildungseinrichtungen für das Thema Antisemitismus, eine öffentliche Thematisierung ist hierfür unerlässlich.
7. Die GEW setzt sich dafür ein, dass in der internationalen Hochschul- und Forschungslandschaft direkte und indirekte antisemitische Handlungen nicht toleriert werden. Sie fördert den Austausch und die Kooperation mit jüdischen und israelischen Wissenschaftler*innen und Personen des öffentlichen Lebens.

2.21 Neuevaluierung und Unterstützung von Arbeitskämpfen für gesellschaftliche und politische relevante Anliegen

Der Gewerkschaftstag beauftragt den geschäftsführenden Vorstand:

- Innerhalb der GEW die Diskussion über die Ausweitung des Streikrechts in Bezug auf den Beamt*innenstreik

und den politischen Streik fortzuführen und die Diskussion aktiv in die DGB-Gremien zu tragen.

Der Gewerkschaftstag beauftragt darüber hinaus den Hauptvorstand, das Thema angemessen zu bearbeiten.